

NIEDERSCHRIFT

der 10. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 17.02.2020

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Ort: Ratssaal, Am Kloster 1

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:40 Uhr

Bestätigte Tagesordnung

- | | | |
|--------|--|--------------------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit | |
| TOP 2 | Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Einwohnerfragestunde | |
| TOP 4 | Abstimmung über die Niederschriften vom 20.01.2020 und 27.01.2020 | |
| TOP 5 | Berufung Wehrleiter und Stellvertreter der Ortsfeuerwehr Markwerben | 008/2020 |
| TOP 6 | Stellenplan 2020 | 014/2020 |
| TOP 7 | Information zum Haushalt inkl. Haushaltskonsolidierungskonzept | |
| TOP 8 | Antrag Stadtrat Gunter Walther
Gesellschafteranweisung Stadtwerke Weißenfels GmbH zum Bau einer zentralen Enthärtungsanlage für die Trinkwasserversorgung | 022(VII)2
019_2 |
| TOP 9 | Antrag Stadtrat Gunter Walther
Erklärung gegen Rassismus, rechtsradikales Gedankengut, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung | 001(VII)2
020 |
| TOP 10 | Beantwortungen von Anfragen | |
| TOP 11 | Mitteilungen und Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil

- TOP 1 Mitteilungen und Anfragen

Öffentlicher Teil

- TOP 12 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
TOP 13 Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Risch, eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses. Es wird festgestellt, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind. Es sind 14 Mitglieder anwesend. Es besteht Beschlussfähigkeit.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge wurden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

4. Abstimmung über die Niederschriften vom 20.01.2020 und 27.01.2020

Niederschrift 20.01.2020

Herr Reichel fragt an, welcher Ausschuss das YOU-Projekt begleiten wird. In der Niederschrift gibt es keine eindeutige Aussage.

Die Ideen aus dem YOU-Projekt werden im Stadtrat vorgestellt. Im Ausschuss ist die Präsentation nicht geplant.

Die Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2020 wird einstimmig bestätigt.

Die Niederschrift der Sitzung vom 27.01.2020 wird mit zwei Enthaltungen bestätigt.

5. Berufung Wehrleiter und Stellvertreter der Ortsfeuerwehr Markwerben

Herr Schilling weist darauf hin, dass sich ein Fehler im Namen von Herrn Tünschel eingeschlichen hat.

Die Vorlage wird für den Stadtrat korrigiert.

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels,

1. Die Abberufung von Herrn Ulrich Tünschel als stellvertretender Ortswehrleiter Markwerben und Entlassung aus dem Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit mit Ablauf des 19.03.2020
2. Die Berufung von Herrn Uwe Thalheim als Ortswehrleiter Markwerben der Freiwilligen Feuerwehr Weißenfels in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit zum 20.03.2020 für die Dauer von 6 Jahren.
3. Die Berufung von Herrn Stefan Herkner in das Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 6 Jahren und die Übertragung der Funktion stellvertretender Ortswehrleiter Markwerben der Freiwilligen Feuerwehr Weißenfels befristet für die Dauer von 2 Jahren zum 20.03.2020. Weiterhin wird Herrn Herkner die Führungsaufgabe Organisation der Aus- und Fortbildung befristet für die Dauer von 2 Jahren übertragen.

Abstimmung:

1. dafür:	14	dagegen:	0	Enthaltung:	0
2. dafür:	14	dagegen:	0	Enthaltung:	0
3. dafür:	14	dagegen:	0	Enthaltung:	0

6. Stellenplan 2020

(ab jetzt anwesend Hr. Klitzschmüller, Fr. Scheunpflug – 16 Stadträte)

Herr Riemer nimmt Bezug auf die Altersteilzeit. Er möchte wissen, welche adäquaten Einsparungen erfolgt sind.

Herr Hantscher erläutert, welche Mitarbeiter in Altersteilzeit gehen und welche Stellen nachbesetzt werden. Im Bereich Ordnungsdienste und Kita´s kann eine Nachbesetzung nicht ausbleiben. An anderer Stelle könnten hingegen Stellenanteile eingespart werden.

Weiter möchte Herr Riemer wissen, weshalb Mitarbeiter im Tiefbau unbefristet eingestellt werden, obwohl gleichzeitig die Mittel für Unterhaltungsmaßnahmen gestrichen werden. Gefühlt wird für jede Maßnahme neues Personal eingestellt ungeachtet dessen, ob andere Maßnahmen beendet wurden.

Die beiden Stellen resultieren aus neuen Bauprojekten und nicht dem laufenden Geschäft. Für eine befristete Einstellung kann nur selten gutes Personal gefunden werden. Die Projekte Heinrich-Schütz-Haus, Schloss Neu- Augustusburg, Straße „Zum Güterbahnhof“ sind dabei noch nicht personell untersetzt.

Ergänzend meint Herr Hantscher, dass die Stellen nur ausgeschrieben und besetzt werden, wenn die Fördermittel bewilligt sind.

Frau Ramona Spiegelberg fragt an, ob es im Rahmen des KiföG Ausgleichszahlungen des Landes gibt.

Herr Risch bestätigt, dass es Ausgleichszahlungen gibt, diese jedoch nicht auskömmlich sind. Im Sozialausschuss wird im Rahmen der Neukalkulation weiter auf die Kostensteigerungen eingegangen.

Herr Schilling hat verschiedene Anfragen zu den Einsatzkräften der Feuerwehr. Daraufhin erläutert Herr Hantscher, dass die Einsatzkräfte eine halbjährige Ausbildung absolvieren müssen. Diese Fehlzeiten sollen unter anderem mit der neuen VbE abgedeckt werden. Der Gerätewart nimmt richtigerweise übertragene Aufgaben des Landkreises wahr und ist bei der Stadt Weißenfels angestellt. Der Landkreis zahlt einen Ausgleich für diese Tätigkeit. Die Einsatzfähigkeit ist bisher jederzeit gewährleistet.

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 zu beschließen.

Abstimmung: dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltung: 6

7. Information zum Haushalt inkl. Haushaltskonsolidierungskonzept

Eingangs erläutert Herr Risch, dass sämtliche beitragspflichtige Maßnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung gestrichen sind. Ausnahmen sollen dabei die Straße „Zum Güterbahnhof“ und die Straßenbeleuchtung einer Straße in Großkorbetha sein. Die Kommunen sind derzeit nicht am Gesetzgebungsverfahren beteiligt, sodass eine Entscheidung nicht absehbar ist. Zur Konsolidierung meint Herr Risch, dass bei einer unterjährigen Verbesserung der Haushalts-situation auf die Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen verzichtet werden kann. Ein Haushaltsausgleich ist nach wie vor nicht umsetzbar.

Die Vorlage der Eröffnungsbilanz ist nicht zwingend an die Genehmigung des Haushaltes geknüpft, weshalb diese auch zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden kann. Momentan kommt es auf Grund von Erkrankungen zu Verzögerungen.

Herr Riemer fragt an, wie sich der Haushaltsabschluss 2019 darstellt und ob die vom Ministerpräsidenten angekündigten Zuschüsse an die Kommunen eingestellt sind. Es muss alles Denkbare versucht werden, um nicht in eine Konsolidierung zu müssen. Auch aus diesem Grund ist auf den Abschluss der Eröffnungsbilanz weiter zu drängen.

Das avisierte Defizit 2019 konnte mit Hilfe der ausgesprochenen Haushaltssperre trotz Minder-einnahmen gehalten werden. Die zugesicherten Mittel des Landes sind nicht belastbar und vermutlich nur im investiven Bereich einzusetzen. Herr Risch macht deutlich, dass die Anträge der Fraktionen noch weitere Kosten verursachen, z. Bsp. Aufstellen von Mülleimern und Hundekottütenspendern. Jedoch wird dabei nicht aufgezeigt, an welcher Stellen die Zusatzkosten eingespart werden.

Herr Walther erhält das Rederecht durch den Vorsitzenden. Er möchte wissen, wie der hohe Verlust der Gewerbesteuern aus den letzten Jahren kompensiert werden soll. Weiter meint er, dass eine pauschale Kürzung der Personalkosten von 20 % eine immense Ergebnisverbesserung erreichen kann.

Zusammenfassend meint Herr Risch, dass bei den Gewerbesteuern allein auf die bekannten Größen abzustellen ist. Es kann kein Einfluss auf die Jahresabschlüsse der Firmen etc. genommen werden. Herr Risch erläutert das Verfahren zum Ausgleich der fehlenden Gewerbesteuern durch das FAG.

Eine pauschale Kürzung der Personalkosten ist aufgrund bestehender Verträge mit den Mitarbeitern nicht möglich. In der Vergangenheit wurde den Mitarbeitern freiwillige Stundenreduzierung in Verbindung mit Kündigungsschutz angeboten. Dieser Spielraum ist in der Verwaltung kaum noch möglich.

Herr Reichel hinterfragt, weshalb der Oberbürgermeister die Erhöhung der Gewerbesteuern in die Konsolidierung aufnimmt, wenn er die Einnahme selbst als Spekulation hält. Er schlägt ein zeitnahes Treffen der Fraktionsvorsitzenden zum Thema Konsolidierung und Setzen von Prioritäten vor.

Die Einflüsse, auf die Gewerbesteuer, sind von unterschiedlicher Natur, erläutert Herr Risch. Es kann nicht vorausgesehen werden, ob und in welcher Höhe die Steuerzahlungen tatsächlich eintreten.

Herr Kabisch-Böhme warnt davor weitere Einsparungen bei der Pflege der Grünflächen umzusetzen. Bereits jetzt sind die Bürger über die Verschmutzungen verärgert.

Im Rahmen der Erhöhung Hundesteuer sollte außerdem aufgenommen werden, dass Hunde aus Tierheimen gänzlich steuerbefreit sind. Bisher ist die Regelung auf ein halbes Jahr beschränkt.

8. Antrag Stadtrat Gunter Walther Gesellschafteranweisung Stadtwerke Weißenfels GmbH zum Bau einer zentralen Enthärtungsanlage für die Trinkwasserversorgung

Mehrere Stadträte sprechen sich für eine Prüfung der Rahmenbedingungen zum Einbau einer Enthärtungsanlage aus. Dabei soll auf die Kosten der Anlage sowie die Auswirkungen auf den Trinkwasserpreis eingegangen werden. Die Ergebnisse sind den Stadträten vorzulegen.

Herr Wehler hingegen meint, dass die natürliche Zusammensetzung des Wassers erhalten bleiben sollte.

Herr Klitzschmüller befürchtet, dass sich bei der Umstellung der Wasserzusammensetzung auch andere Stoffe in den Leitungen lösen und zu Schäden führen. Die technischen Auswirkungen sind daher ebenfalls zu analysieren.

Herr Patzschke befürwortet, dass später auch die Bürger an der Entscheidung beteiligt werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Prüfung zum Einbau einer Enthärtungsanlage in der Gesellschafterversammlung vorzutragen. Bei der Prüfung sind die Kosten für den Einbau der Anlage, die Auswirkungen auf den Trinkwasserpreis und die Folgen für die bestehenden Wasserleitungen bei Wechsel der Wasserzusammensetzung einzugehen.

Die Stadträte folgen der Beschlussempfehlung für den Stadtrat.

9. Antrag Stadtrat Gunter Walther Erklärung gegen Rassismus, rechtsradikales Gedankengut, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung

Herr Walther erläutert seinen Antrag und bittet um Aufklärung durch den Stadtratsvorsitzenden, weshalb der Antrag in den Hauptausschuss verwiesen wurde.

Gemäß Hauptsatzung kann der Stadtratsvorsitzende Anträge in die Ausschüsse verweisen, wenn diese nicht vorherberaten sind. Von dieser Alternative hat Herr Freiwald Gebrauch gemacht, um das Thema ausreichend zu beraten.

Die Stadträte äußern ihre Meinung zur Thematik. In vielen Hinsichten kann den Ausführungen im Antrag gefolgt werden, jedoch sind die Formulierungen und gänzliche Ausgrenzung der Fraktion AfD zu beraten. Mit Ausgrenzungen agiert man gegen den Grundsatz der Demokratie. Eine Verengung auf eine einzelne Fraktion kann nicht zielführend sein.

Die Fraktionen SPD, CDU-FDP-BfG und DIE LINKE-Die PARTEI reichen aus diesem Grund einen Änderungsantrag ein. Inhaltlich sind die Forderungen des Stadtrates Gunter Walther positiver gewählt und man spricht sich für eine Stadt mit Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit aus.

Der Änderungsantrag ist der Mehrzahl der Ausschussmitglieder unbekannt. Herr Risch schlägt daher vor, dass die Beratung zum Thema auf den nächsten Hauptausschuss vertagt wird. Die Ausschussmitglieder signalisieren ihr Einverständnis.

10. Beantwortungen von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

11. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen Oberbürgermeister

- Die WLAN Verfügbarkeit auf den Marktplatz wird auf 18:00 Uhr begrenzt. Auf Grund der Vorkommnisse in den letzten Tagen zur Verschmutzung des Marktplatzes und Lärmbelästigungen musste reagiert werden. Als Alternative werden weitere Standorte, wie Stadtbalkon, Sportplätze usw., für die Einrichtung eines WLAN HotSpot geprüft.

Die Stadträte äußern ihre Erfahrungen zur Situation auf dem Marktplatz. Es ist fraglich, ob die Reduzierung des WLAN ausreicht. Augenscheinlich ist auch der Missbrauch von Drogen an dieser Stelle akut. In diesem Zusammenhang wird darauf gedrängt, dass Weißenfels mit zusätzlichen Sozialarbeitern arbeitet. Dafür bedarf es einer Zusage des Burgenlandkreises zur Übernahme der Kosten.

Herr Schilling regt eine Videoüberwachung an, gleichzeitig könnte diese als touristisches Highlight in die Homepage eingebunden werden. Vielleicht werden damit einige Personen von Sachbeschädigungen abgeschreckt.

Die Verwaltung kann diese Möglichkeit prüfen, räumt Herr Risch ein.

Herr Klitzschmüller reicht einen Antrag zur Benennung der Großen Brücke in Walther-Rathenau-Brücke ein.

Nach der umfangreichen und langen Baumaßnahme an der Brücke sollen die Bürger an der Namensfindung beteiligt werden, meint Herr Kabisch-Böhme.

Öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

12. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt. Es waren keine Bürger mehr anwesend.

13. Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Robby Risch
Vorsitzender

Anja Bechmann
Protokollführerin